



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen der Intaktiv-Eine Stimme für genitale Selbstbestimmung e. V.

1. Unterstützen Sie eine Resolution des Europaparlamentes oder eine europäische Richtlinie, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, Kinderrechte explizit in der Verfassung zu verankern?

Antwort:

Kinder sind bereits heute wie alle Menschen und alle Altersgruppen umfassend im Grundgesetz geschützt. Bei jeder Einfügung von zusätzlichen Aussagen über Kinder müssen wir darauf achten, dass wir die kluge Balance zwischen dem elterlichen Erziehungsauftrag und dem staatlichen Wächteramt nicht beschädigen.

Interessant kann aber die Einfügung eines Staatszieles der Kinderförderung im Zusammenhang mit dem Ziel der Generationengerechtigkeit sein. Dieses könnte Politik und Verwaltung darauf verpflichten, die Interessen von Kindern stärker bei staatlichen Entscheidungen zu berücksichtigen.

2. Unterstützen Sie in diesem Zusammenhang einen Bericht bzw. eine Untersuchung des Europaparlaments über Hintergründe, Häufigkeit und (gesundheitliche, physiologische und psychische) negative Folgen von Genitaloperationen an Kindern aller Geschlechter?

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Schutz von Kindern vor Genitalverstümmelung geschlechtsunabhängig in die EU-Kinderrechtsstrategie aufgenommen wird?



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

4. Würden Sie eine Resolution des Europaparlamentes an die Adresse der Mitgliedstaaten, Genitalverstümmelungen geschlechtsübergreifend einzudämmen, unterstützen?

5. Unterstützen Sie eine Ergänzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dahingehend, dass der Schutz von Kindern vor Genitalverstümmelung und anderen schädlichen Bräuchen oder Maßnahmen analog Art. 24 der UN-Kinderrechtskonvention geschlechtsübergreifend abgesichert wird?

Antwort:

Die Fragen 2 bis 5 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU stehen an der Seite der Mädchen und Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung wurden, und all jenen, die davon bedroht sind. Wir haben null Toleranz gegenüber dieser Form von Gewalt, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Die Betroffenen leiden meist ihr gesamtes Leben lang unter den physischen und psychischen Folgen der grausamen und völlig sinnlosen Verstümmelungen. Deshalb müssen wir als Politik und Gesellschaft diese Praxis bekämpfen und verhindern.

Der starke Anstieg der betroffenen und bedrohten Mädchen und Frauen ist auf die verstärkte Migration aus Ländern, in denen die weibliche Genitalverstümmelung praktiziert wird, zurückzuführen. Solche Praktiken dulden wir nicht in Europa. Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, sollen diesen in jeder Hinsicht bekommen. Menschen, die anderen Menschen so etwas antun, erwartet hier eine Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren. Es ist gut, dass eine zunehmende Zahl von Ländern innerhalb der EU Gesetze gegen die fürchterliche Praxis der Genitalverstümmelung erlässt. Doch das ist nicht genug:

Die EVP-Fraktion fordert in ihrem Positionspapier zur Geschlechtergleichstellung die Europäische Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit mit Drittländern zu verstärken, um der Ausrottung von Genitalverstümmelung durch bestehende und künftige Programme



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Vorrang einzuräumen. Auch gilt es, das Thema stärker in den Fokus zu rücken, um für mehr Aufklärung und Sensibilisierung zu sorgen. Weiterhin bedarf es einer Konzentration verschiedener bestehender Programme auf die Sensibilisierung, Information, Bildung und Ausbildung der betroffenen Berufsgruppen (Mediziner, Krankenschwestern, Sozialarbeiter) in der gesamten EU und in externen Politikbereichen, um Genitalverstümmelung zu verhindern und zu bekämpfen. Ferner fordern wir die Bereitstellung von EU-Mitteln für Schulungs- und Sensibilisierungsprojekte, um Fälle von Genitalverstümmelung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen wirksam zu verhindern, aufzudecken und zu bekämpfen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt eindrücklich, dass wir im Kampf gegen Genitalverstümmelung nicht nachlassen dürfen, sondern weiter für die Rechte der Frauen und Mädchen eintreten müssen.